Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und an den Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 15690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Freitag den 27. Januar 1928 — Nummer 23

Wahlverschleppung

Bürgerblock will keine vorzeitige Auflösung des Reichstags

Die sogenannte demokratische und die sozialdemokratische Presse bringt täglich neue Artikel von der bevorstehenden Auflösung des Reichstags. Gestern noch widmeten die Dresdner Neuesten Nachrichten der „baldigen" Reichstagsauflösung eine halbe Seite. Die Neuesten Nachrichten schildern das Durcheinander im Bürgerblock und fragen dann: „und wann wird aufgelöst? Die allgemeine Meinung ist der Ansicht: nach der Etatsberatung. Anfang oder Mitte April mit der Konsequenz der vom Minister Curtius angekündigten Maiwahlen." Aber diese Ankündigung des Ministers Curtius war kaum verklungen, der Artikel der Neuesten Nachrichten noch nicht erschienen, da verkündete der volksparteiliche Abgeordnete Kahle im Reichstag, daß der Bürgerblock gar nicht daran denke, vorzeitig aufzulösen.

Kahl erklärte, daß erst die Strafrechtsreform erledigt sein müsse. Er führte aus:

„Eine Schicksalsfrage für die Strafrechtsreform wäre die Auflösung des Reichstags, von der jetzt schon so viel gesprochen wird. Das Werk der Strafrechtsreform würde auf eine ganz unbestimmte Zeit verschoben werden, wenn es nicht gelingt, es in dieser Legislaturperiode zu vollenden. (Hört, hört!) Daran würde nichts zu ändern sein etwa durch ein Uebergangsgesetz, das die bisherige Ausschußarbeit dem kommenden Reichstag überweist. Dann würden bei der zweiten Lesung alle die Parteigegensätze aufeinanderplatzen und die ganze bisher geleistete Arbeit wäre nutzlos vertan. Die Rechtseinheit mit Oesterreich wäre dann aufs äußerste gefährdet. Es gibt natürlich politische Situationen, die ohne Rücksicht auf ein großes Gesetzgebungswerk die Reichstagsauflösung erfordern. Ich kann aber jetzt keine hochpolitischen Gründe finden, die die Hinausschiebung der unaufschiebbaren Strafrechtsreform rechtfertigen könnten. Der Reichstag hat mit einer gewissen Feierlichkeit den Entwurf übernommen und den Entschluß bekundet, das Werk zu vollenden. **Alle für schnelle Neuwahlen vorgebrachten Gründe müssen zurücktreten hinter der Notwendigkeit, das erfolgreich begonnene Werk der Strafrechtsreform nicht einfach in Scherben zu schlagen."**

Mit diesen Ausführungen machte Kahl dem Märchen über die baldige Auflösung des Reichstags ein Ende. Die sozialdemokratische und demokratische Presse vergnügt sich damit, den Arbeitern zu erzählen, der Reichstag werde aufgelöst. Währenddem verkünden die Vertreter des Bürgerblocks, daß sie nicht an eine Auflösung des Reichstags denken, bevor sie nicht die reaktionären Gesetze durchgebracht haben. Die reaktionäre **Strafrechtsänderung, die Millionengeschenke an die Großagrarier, die Schulverpfaffung,** die Aufbürdung der Lasten auf die Schichten der breiten Massen sollen noch durchgeführt werden.

Die Kosten, die aber allein durch das Schulverpfaffungsgesetz entstehen, sind ungeheuer. Sie betragen allein für **Preußen ½ Milliarde, für Sachsen 100 Millionen Mark.** Die Gesamtkosten dürften sich auf **800 Millionen Mark** belaufen und eher zu niedrig als zu hoch angegeben sein.

Für die Werktätigen kann es nur eine Losung geben:

Hinweg mit dem Bürgerblockreichstag!

Fort mit der Bürgerblockdiktatur!

Schluß mit den sozialdemokratisch-demokratischen Verwirrungsmanövern!

Die zündende Wahlparole

Ein Notschrei aus dem sächsischen Naturschutzpark der SPD

I.

Die parlamentarischen Parteien der deutschen Hindenburgrepublik starten zum Wahlkampf. An der Börse der politischen Geschäftemacher und geschäftstüchtigen Politiker werden täglich die Kurse notiert. Die parlamentarischen Klopffechter der deutschen Bourgeoisie verkünden feierlich die neue Aera. Ministerreden, die sonst nüchterne Berichte der Rayonchefs aus dem Hauptbuche des Trustkapitals darstellen, verwandeln sich in glückverheißende Volksversprechungen. Das große Wahlgeschäft wird von der Bourgeoisie auf der ganzen Linie sorgfältig vorbereitet.

Die parlamentarische Republik ist die gegenwärtige Herrschaftsform des Großkapitals. Der soziale Untergrund, auf dem die Wahlen durchgeführt werden, wird durch die Bürgerblockpolitik gekennzeichnet. Die deutsche Bourgeoisie bereitet sich zum Wiedereintritt in die internationale Machtpolitik vor. Die innenpolitischen Voraussetzungen zur erfolgreichen Durchführung der außenpolitischen Ziele des Großkapitals sind die Abwälzungen der Kriegslasten und der Zurückweisung aller wirtschaftlichen und politischen Ansprüche der Ausgebeuteten. Kurzum, die Unterdrückung der besitzlosen Klasse. Der Klassenkampf wird von den Besitzenden mit allen Mitteln geführt. Für sie ist auch der Wahlkampf ein Teil des Klassenkampfes. Der Niedergang der Konjunktur, das Anwachsen der Erwerbslosenzahlen auf 2 Millionen, die finanziellen Schwierigkeiten der Bürgerblockregierung, die ungeheuren sozialen Kämpfe um Lohn und Arbeitszeit sind untrügbare Anzeichen für die wachsende Verschärfung der Klassengegensätze. Es gibt innerhalb des kapitalistischen Systems keine Aufhebung der Klassengegensätze, keine Beseitigung der Ausbeutung. Die Bourgeoisie ist deshalb bestrebt, ihre Herrschaft mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.

II.

Die Sozialdemokratie verkündet täglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen, daß der Wahltag der Tag der großen Abrechnung sei. Mit dem Stimmzettel soll die Klassenauseinandersetzung geführt und die Bourgeoisie überwunden werden. Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen ergibt sich aus der Stellung der SPD zur kapitalistischen Republik. Hat die SPD bisher mit der Bourgeoisie Bündnispolitik getrieben, so führt sie auch den Wahlkampf im Zeichen der Bündnispolitik mit der herrschenden Klasse. „Linkswahlen" ist die große Parole. Wels, Noske, Renaudel, Vandervelde, Macdonald geben diese Losung für alle Parteien der 2. Internationale im „Wahljahr 1928" aus.

Wenn Wels im Neujahr-Vorwärts die Losung „Linkswahlen" agitatorisch formulierte, so wird im Januarheft der „Gesellschaft", Hilferdings Organ, für diese Losung die theoretische Begründung geliefert. Mit dem Ausgang der Wahlen in Deutschland übernähme die deutsche Sozialdemokratie die größte Verantwortung vor dem Proletariat aller Länder. Auf Grund vorausgegangenen Wahlen in Ländern und Gemeinden schätzt der Artikel die Stimmenzahl der SPD bei den kommenden Reichstagswahlen auf 9½ bis 10 Millionen. In Sachsen wird der SPD auf Grund der Politik der Zentristen ein schlechterer Wahlausgang vorausgesagt. Für die SPD stehe im Wahlkampfe die Aufgabe der Eroberung der Hegemonie des Proletariats. Sei diese gesichert, dann könne mit Erfolg der Kampf um die parlamentarische Majorität der Sozialdemokratie im Reichstag aufgenommen werden. Wenn es gelinge, mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie die „Erfolge" zu erreichen, dann könne die planmäßige Durchführung der Wirtschaftsdemokratie begonnen werden. Nach Hilferding soll dann „die von den Kapitalisten organisierte und gebildete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat gebildete Wirtschaft umgewandelt" werden. In diesem politischen System ist die Koalitionspolitik als „Uebergangsperiode von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaft" (Kautsky), die zentrale Frage der reformistischen Taktik. Die Koalition im Reichstag nach den Wahlen stellt die Gesellschaft von vornherein außer Frage. Es wird ein Artikel der Kölnischen Zeitung zitiert, nach dem Stresemann in einer Nürnberger Rede auf die Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens mit den Sozialdemokraten hingewiesen habe. Die Kölnische Zeitung sagt, daß

„die in Aussicht genommene Regierungskoalition des neuen Reichstages, die um die Bayrische Volkspartei verlängerte Große Koalition sein dürfte".

Die bürgerlichen Parteien hätten keinerlei Ideale, ihnen fehle die große einigende Weltanschauung. Hingegen verfüge die Sozialdemokratie über eine geschlossene Weltanschauung (!) und auf Grund derselben werde sie das Uebergewicht gegenüber den Bürgerlichen erreichen. Soweit die reformistische Logik.

Im Reichstag ist die „Opposition" der SPD wohltemperiert. Severing, der Redner der Reichstagsfraktion zum Etat hat jedes Wort sorgfältig abgewogen. Zur Beglaubigung der künftigen Koalition schüttelt Scheidemann dem republikanischen Generalquartiermeister Groener die Bruderhand und der Parteivorstand bietet als Unterpfand den „Bluthund" als Reichstagskandidaten an.

Noch ein anderer Vorgang verdient in diesem Zusammenhang die höchste Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiter. Der

Die Streiklage in Mitteldeutschland

Halle, 26. Januar. (Eigener Bericht.)

Die Kampfstimmung ist glänzend. Die Zentralstreikleitung teilt mit, daß die Aussperrung der Metallarbeiter durch die Unternehmer, die am Dienstag in Kraft treten sollte, nach den vorliegenden Meldungen ziemlich restlos durchgeführt ist. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in Magdeburg beträgt 20 000, in Halle sind es 8000 Arbeiter, jedoch zumeist Streikende. In Thale sind 4300 Arbeiter durch die Unternehmer auf die Straße geworfen worden. Dagegen hat in Merseburg nur ein kleiner Betrieb ausgesperrt. Die Kampfbegeisterung der ausgesperrten und streikenden Arbeiter ist nach wie vor sehr gut. Die Streikfront der Metallarbeiter steht unerschütterlich. Alle Versuche der Metallindustriellen, durch Zuschriften, in Rücksprachen, durch Bekanntmachungen und mit Drohungen die Metallarbeiter einzuschüchtern, sind erfolglos. Die Front der Unternehmer dagegen steht gar nicht so fest, wie man vortäuschen möchte. Einzelfirmen, die nicht dem Metallindustriellenverband angeschlossen sind, versuchen mit Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten zu verhandeln und zu verhindern, daß auch hier die Arbeiter in den Streik treten. An den Aussperrungsbefehl der Industriellen kehren sie sich nicht. Aber die Arbeiterschaft darf sich auch nicht an die besonderen Wünsche dieser Herren Industriellen kehren, sondern sie muß auch dort den Kampf aufnehmen.

In Halle findet heute die Auszahlung der Streikunterstützung für zwei Wochen statt. Die Solidaritätsaktion der gesamten Arbeiterschaft wird überall freudig begrüßt. Eine Generalversammlung des RFB in Halle bewilligte der IAH für Auszahlung an die Streikenden 200 Mark. Zahlreiche Betriebe geben Sympathieerklärungen für die Streikenden ab und versichern, daß sie am Freitag einen vollen Stundenlohn an die IAH für die Streikenden abliefern werden.

Im Halleschen Bezirk sind weitere Aussperrungen vorgenommen worden. So wurde in Bebitz im Saalekreis die zirka 200 Mann betragende Belegschaft der mitteldeutschen Pflanzenfabrik ausgesperrt. In Zeitz wurde die Belegschaft der Zeitzer Eisengießerei AG mit Kündigung, und die der Dampfgießerei-fabrik G. Schumann ohne Kündigung ausgesperrt. Heute abend findet in Zeitz eine Sitzung sämtlicher Betriebsräte und Vertrauensleute statt, in der unbedingt Maßnahmen getroffen werden müssen, die diese Aussperrungsaktion der Unternehmer so beantworten, daß ihnen der Appetit vergeht. Durchführung des Streiks in allen Betrieben wird auch hier die Parole sein.

In Merseburg hat eine Einzelfirma die Forderungen der Metallarbeiter bewilligt. Dort wird gearbeitet. Die Firma Schlinz und Becker sperrte zwei organisierte Arbeiter aus, was die reformistische Gewerkschaftsleitung immer noch nicht mit der Aufnahme des Kampfes in den anderen Betrieben beantwortet. Die bürgerliche Presse wünscht nach wie vor die schleunigste Beendigung des Kampfes durch die Einleitung eines neuen Schiedsverfahrens und die Verkündigung der Verbindlichkeit.

•

Magdeburger Bezirk. Die mit wenigen Ausnahmen restlos durchgeführte Aussperrung hat den Kampfgeist der Metallarbeiter nur gesteigert. In Burg haben die Unternehmer nicht ausgesperrt. Es kommen hier nur einige Mittelbetriebe in Frage. Soweit Mitteilungen vorliegen, sind in allen übrigen Orten, bis auf ganz kleine Betriebe, die Arbeiter ausgesperrt.

Die SPD bewilligt Fürstenabfindung

200 Millionen für Karl Eduard von England

Jena, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Revolutionsregierung des ehemaligen Freistaates Gotha hatte durch Gesetz den englischen Prinzen und früheren Herzog Gothas, Karl Eduard, entschädigungslos enteignet. Der Staatsgerichtshof hatte dieses Gesetz für ungültig erklärt, und die jetzige Bürgerblockregierung hat unter Ausschluß des Landtages diesem Herzog in einem Vertrag **das gesamte Staatseigentum von 200 Millionen Mark wieder ausliefern wollen.**

In der gestrigen Landtagssitzung, in der über die Annahme dieses Schandvertrages entschieden werden sollte, teilte der Finanzminister mit, daß allein der bisherige Prozeß mit dem Herzog dem Land Thüringen 3½ Millionen koste. Der Antrag wurde **mit Hilfe der sozialdemokratischen Landtagsfraktion angenommen,** die sich mit dem Vertreter der Sparer der Stimme enthielt. **Hätte die SPD gemeinsam mit den Kommunisten gegen den Antrag gestimmt, so wäre er mit 27 gegen 25 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt worden.** Genau wie in Preußen hat somit die SPD dem Thüringer Fürsten Hunderte von Millionen in den Rachen geworfen.

Achtung! Pinkertons an der Arbeit!

Schon vor einiger Zeit haben wir darauf hingewiesen, daß in Dresden ein Spitzel für die Unternehmer sein Unwesen trieb. Der freche Bursche, der wahrscheinlich zur Pinkertongarde gehört, gab sich hier bei Arbeitern als Redakteur Goldhammer von der Arbeiterstimme aus.

Hier in Dresden versuchte er speziell bei den Eisenbahnern zu spitzeln. Er erlebte aber einen Reinfall. Einige Zeit war es nun ruhig geworden. Jetzt hat dieser Bursche sein Arbeitsgebiet in die Landorte verlegt. Wie uns heute mitgeteilt wird, hat er sich in einem Betrieb in Pirna an einen Arbeiter gewendet. Dieser, ein jugendliches Mitglied des Roten Frontkämpferbundes, hat sich auch mit dem Schuft in ein Gespräch eingelassen. Prompt wurde der Arbeiter denunziert und erhielt dann von der Firma eine schlechterbezahlte Arbeit zugewiesen.

Einige Zeit später wendete sich der Geselle dann an den Vater des jungen Arbeiters. Dieser aber hatte Kenntnis von unserer Warnung erhalten und ließ den Gesellen abblitzen.

Der Fall zeigt aber, wie notwendig es ist, Vorsicht gegen unbekannte Ausfrager zu üben. Der Jugendliche hätte keineswegs Auskunft erteilen können, wenn er selbst unsere Zeitung gelesen hätte, oder aber, wenn die Genossen und Zeitungsleser die Arbeiterschaft gewarnt hätten.

Wir richten an alle Leser das dringende Ersuchen, ihre Arbeitskollegen vor dem Lumpengesindel zu warnen. Gebt keine Auskunft an Unbekannte, erteilt den Spitzeln die richtige Abfuhr.